

Rechtsstaatliches Gewaltmonopol und durchsetzungsfähiger Staat – existenziell für eine rechtsstaatliche Demokratie?

Mit der endgültigen Veröffentlichung der Studienergebnisse zu „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ festigt sich verschiedentlich in der öffentlichen Debatte die Wahrnehmung, die Polizei übe übermäßig und rechtswidrig Polizeigewalt aus und die Aufbereitung sei unvollständig und mangelhaft.

Ein Kommentar von **Sabrina Kunz**

Gewaltmonopol – was ist das?

Als Polizistin fällt es mir schwer, dies einfach so im Raum stehen zu lassen. In allererster Linie sind Grundrechte Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger dem Staat gegenüber und der Staat wird zum Schutz der Grundrechte verpflichtet. Diese Schutzpflicht verpflichtet in Art. 1 GG den Staat auch zum sog. „Gewaltmonopol“, welches der Polizei übertragen ist. Losgelöst von der Frage, wie die eigene moralische oder ethische Einstellung dazu sein mag, ist Rechtsstaatlichkeit nicht beliebig und gilt unmittelbar. Insofern gesteht der demokratische Rechtsstaat mit seinem verfassungsrechtlichen Fundament ausschließlich der Polizei das Recht zu, als Ultima Ratio Gewalt anzuwenden, wenn es eben nicht mehr anders geht.

Zweck des staatlichen Gewaltmonopols ist es, willkürliche Machtausübung durch einzelne Menschen und die gewaltsame Durchsetzung von Partikularinteressen einzelner Personen oder Interessengruppen zu verhindern.

Die Entwicklung der Polizei, weg von einer militärisch ausgerichteten Polizei hin zu einer Bürgerpolizei und zu einem kommunikativen und deeskalierenden Einschreiten, hat in einem erheblichen Maß zu Vertrauen in die Polizei geführt. Wir wissen aus unserem beruflichen Alltag aber auch, dass Kommunikation und Deeskalation eine Grenze haben und dass dann, wenn es nicht mehr anders geht, die Polizei sogar die verfassungsrechtliche Pflicht hat, als Ultima Ratio Gewalt anzuwenden zu müssen.

Als Polizistin habe ich manchmal das Gefühl, dass dieser verfassungsrechtliche Wert der Moral und Einstellung von Menschen unterworfen wird – er ist beliebig, individuell und verhandelbar geworden. Danach richten sich dann auch die Verhaltens-

weisen der Polizei – den Repräsentantinnen und Repräsentanten – gegenüber aus.

Die Polizei muss konsequent und zur Not mit Gewalt auf Gewalt reagieren können, um sie zu brechen, um Sicherheit zu gewährleisten und den Rechtsstaat durchzusetzen. Hierfür benötigt und verdient sie Vertrauen und Rückhalt in der Gesellschaft. Tatsächlich ist Gewalt jedoch eher ein „Tabuthema“ und wird immer dann thematisiert, wenn etwas Schlimmes passiert ist, wie z. B. nach dem Mord unseres Kollegen und unserer Kollegin oder den Übergriffen an Weiberfasching in Trier.

Das Verhältnis zwischen sozialer und innerer Sicherheit

Wir erleben im Dienst alltäglich, was passiert, wenn soziale Sicherheit krank und der Rechtsstaat nicht wehrhaft und robust genug ist, mit Verletzungen von Regeln, die wir uns selbst gegeben haben, umzugehen. Aber auch andere Berufsgruppen erleben dies zunehmend: Pöbeleien, Anfeindungen, Beleidigungen und Angriffe gegen die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Selbstbestimmung sind Teil des kulturellen Miteinanders geworden – und zwar in einem demokratiefördernden Ausmaß.



Foto: Stefanie Loth

Sabrina Kunz

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



Wir benötigen zu diesen Entwicklungen dringend einen Austausch, ein gemeinsames und vor allem ein breites gesellschaftliches Verständnis über die Problemstellungen und vor allem gemeinsame Anstrengungen zu Lösungen. Tun wir dies nicht, machen es Rechtsextreme, Populisten und andere. Die Konsequenz: Das Vertrauen schwindet weiter.

Die Gleichung für eine Lösung ist so einfach: Ähneln sich für die Menschen die Lebensbedingungen und vertrauen die Menschen den Institutionen, so vertrauen sie dem Staat und sind zufrieden. Ich weiß, dass diese Gleichung auf den ersten Blick zu flach und einfach erscheint, aber wir benötigen sie, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Innere Sicherheit – was ist das?

Ich möchte mich in diesem Beitrag auf die Frage fokussieren, wie viel Bürgerpolizei wir benötigen und wie robust diese gleichzeitig ist oder sein muss, um dem Risiko-, Gefahren- und Gewaltpotenzial, welchem wir zunehmend gegenüberstehen, etwas Ernsthaftes entgegenzusetzen zu können.

Innere Sicherheit ist viel mehr als die Perspektive und Arbeit der Polizei. Innere Sicherheit umfasst die Sicherheit der Gesellschaft, der Demokratie, des Rechtsstaates und jedes Einzelnen und jeder Einzelnen. Und zwar Sicherheit vor Kriminalität, Terrorismus und Bedrohungen, die aus dem Innern der Gesellschaft selbst heraus entstehen, wie z. B. Hass und Hetze im Netz.

Kernaufgaben der Polizei dabei sind:

- Verkehrssicherheitsarbeit,
- Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung,
- Gefahrenabwehr in originärer und subsidiärer Zuständigkeit.

Die Kritik aus der Wissenschaft und Öffentlichkeit

Gleichzeitig wird der Polizei eine „Übermacht“ zugestanden. Die Kritik aus der Wissenschaft und der Öffentlichkeit ist: Die Polizei ist zu einer „übermächtigen Institution“ herangewachsen, die Schwachstellen ausgleichen muss, wie z. B. den Umgang mit sucht- und psychisch kranken Personen, obwohl sie

hierzu gar nicht ausgebildet ist. Hierdurch würden Polizistinnen und Polizisten bzw. die Polizei überfordert und es käme zu fehlerhaftem Verhalten.

Die Wissenschaft hat mit diesen Befunden die Deutungshoheit gewonnen und dominiert somit seit dem Sommer 2020 die Debatte über die Polizei bzw. „Polizeigewalt“ und übermäßige bzw. rechtmäßige Gewaltanwendung.

Als Polizistin kann und will ich die grundsätzliche Kritik an polizeilichem Handeln nicht von der Hand weisen. Viel zu oft stelle ich mich – im Übrigen ganz bewusst – als Gewerkschafterin polizeikritischen Foren und Debatten. Dabei ist meine Wahrnehmung meistens, dass vielen Menschen gar nicht bewusst ist, welche Aufgaben die Polizei eigentlich hat und welche Befugnisse ihr dabei zustehen. Den Menschen ist dann auch nicht bewusst, welche Aufgaben die Polizei eben nicht hat. Oftmals ist auch nicht bekannt, warum die Polizei bestimmte Situationen eben mit Gewalt lösen muss. Ein gutes Beispiel ist der Umgang mit einer psychisch kranken Person, welche zuvor Menschen z. B. mit einem Messer verletzt hat.

Nicht ohne Grund haben wir die Studie INSIDER im Land gefordert und unterstützen diese auch, um auch den externen wissenschaftlichen Beleg dafür zu liefern, dass wir als Polizei einen sehr stark belasteten Beruf ausüben, der in der Tat die Schwachstellen des Sozialstaates und die Problemstellungen unserer Gesellschaft aufdeckt. Nur: Wenn wir einschreiten, ist oftmals sprichwörtlich „das Kind bereits in den Brunnen gefallen“ und damit stehen unsere Kernaufgaben im Vordergrund: Strafverfolgung und Gefahrenabwehr. Die Störung bzw. Gefahr muss beseitigt und Strafverfolgung

betrieben werden. Das Ermessen ist hierbei oftmals auf null reduziert. Natürlich stehen bei dem polizeilichen Umgang mit einer psychisch auffälligen Person die Gefahrenbeseitigung und die anschließende Strafverfolgung und nicht der therapeutische Ansatz im Vordergrund. Die Bilder, welche man dann in sozialen Medien etc. zu sehen bekommt, wirken dann natürlich befremdlich, übergriffig, rechtswidrig und werden der eigenen Moral und Einstellung unterworfen. Das Bild, die Polizei übe unrechtmäßig und übermäßig Gewalt aus, festigt sich!

Die innere Einstellung

Problematisch ist in diesem Zusammenhang unser Berufsethos: Wir müssen alles möglich machen! Wir sagen nie Nein! Wir schreiten in einer Allzuständigkeit immer ein! Warum das so ist?

Ein Zitat aus einem Lehrbuch aus dem Jahr 1995 (Weihmann, S. 670) bringt es auf den Punkt:

„Polizeibeamte sind rechtstreue Bürger, die den schweren Dienst der Konfliktbefriedigung vor Ort in der Gesellschaft versehen. Sie müssen sich für den Bürger mit den Schattenseiten des menschlichen Lebens herumschlagen und dann zur Verfügung stehen, wenn sich andere wegen der Gefährlichkeit des Lebenssachverhaltes zurückziehen.“

Wir benötigen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz

Greift der Sozialstaat also nicht oder nur unzureichend, greift der Rechtsstaat ein und die Polizei gerät mit den Auswirkungen in Kontakt. Das geht auch nicht spurlos an uns vorbei.

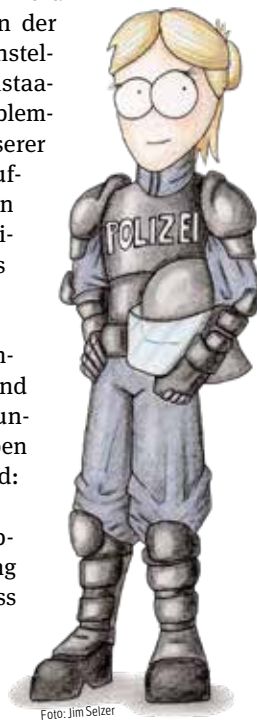


Foto: Jim Selzer



Ich wünsche mir einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz, der folgende Aspekte enthält:

- Zunächst ein gemeinsames Problemverständnis. Wir benötigen ein valides Lagebild über den Zustand unserer Gesellschaft und über die Sicherheitslage. Dieses sollte berufliche/fachliche Expertise, Fakten und Forschung beinhalten. Der periodische Sicherheitsbericht könnte eine Lösung sein.
- Einen frühkindlich ansetzenden Sozialstaat, der einen das ganze Leben begleitet (Erziehung, Sozialisation, gutes Einkommen, ernst gemeinte Integration und Chancengleichheit, Toleranz, Resilienz, soziale Arbeit, Gewalt- und Suchprävention und -beratung etc.).
- Einen insgesamt handlungsfähigen (Rechts-)Staat, der auf die Schwachstellen konsequent reagiert.
- Jeder Einzelne und jede Einzelne muss sich überlegen, wo der eigene Beitrag liegen kann, an der Situation wieder etwas zu ändern. Ein Anfang könnte sein, Demokratie nicht nur als Wissenselement zu lernen, sondern zu lernen, sie täglich mit Leben zu füllen (Demokratieförderung und Akzeptanz von Meinungsvielfalt).

- Die virtuelle Welt darf kein durchsetzungsfreier Raum bleiben. Wir benötigen eine Vorratsdatenspeicherung und einen praktikablen Datenschutz, ohne Überwachungs- oder Polizeistaat zu werden. Technische Eingriffe der Ermittlungsbehörden und der Polizei stehen in der Eingriffsschwelle – also im Tatbestand und bei den Form- und Verfahrensvorschriften – auf der Stufe mit dem Schusswaffengebrauch. Selbst Routinemaßnahmen unterliegen dem Richtervorbehalt. Das muss sich dringend ändern.

Der gewerkschaftliche Ansatz der GdP Rheinland-Pfalz

- Wir müssen krisenfest und krisensicher sein!
- Wir müssen handlungsfähig und handlungssicher sein!
- Wir müssen durchsetzungsstark sein!
- Wir müssen zukunftsfähig und modern sein!
- Wir müssen Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen!
- Wir dürfen als Landespolizei die

Verkehrssicherheitsarbeit und die Gefahrenabwehr in keinem Fall aufgeben. Wir leben den integrativen Ansatz!

- Wir müssen insgesamt einander vertrauen!

Zu guter Letzt ist mir eins wichtig: Nicht selten erleben wir, dass der Staat zurückweicht, wenn seine Institutionen mit moralischen Argumenten unter Druck gesetzt werden. So wird der Polizei dann struktureller Rassismus oder werden Behörden diskriminierende Verhaltensweisen unterstellt. Natürlich müssen Polizei und andere Behörden dies aushalten und das tun sie auch. Aber das Ganze muss mit Augenmaß und unter Wahrung der Gewaltenteilung geschehen. Politikerinnen und Politiker, welche die Polizei kritisieren, sind oftmals auch Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber. Es liegt in ihrer Hand und in ihrem Rollenverständnis, diese Diskussion aus Vernunft und mit Augenmaß zu führen. Die Gewalten kontrollieren sich gegenseitig. Wie dies geschieht, darf eben auch nicht von Individuen und der eigenen Moral abhängig sein, sondern muss sich an den Grundsätzen orientieren, die wir uns gegeben haben.

Die Basis für all das ist Vertrauen!

Sabrina Kunz

Leserbrief zur Berichterstattung in „Die Rheinpfalz“

„Hochrangige Polizisten überlastet“ – unter dieser Überschrift erschien in DIE RHEINPFALZ ein Artikel, der mit den folgenden Unterzeilen große Beachtung fand: „Nicht nur beim Landeskriminalamt herrscht Unzufriedenheit. Auch in den Polizeipräsidiën des Landes kippt die Stimmung, gerade in den oberen Rängen. Dort beklagt man die Beförderungspraxis im Land. Wer nicht pariere, werde auf den Hahn in den Hunsrück versetzt.“ Schon beim Lesen dieser Zeilen wurde mein Blick ungläubig und ich fragte mich, wer soll das denn in den oberen Rängen sein und sollen polizeiliche Führungskräfte so etwas wirklich durchgesteckt haben, wo sie doch selbst für die Stimmung in der Polizei Verantwortung tragen? Es ist doch eine kurzsichtige Strategie zu glauben, mit solchen Indiskretionen auf zunehmende Belastungen hinweisen zu müssen, um Verbesserungen erreichen zu können. Das ging mir beim Lesen dieses Artikels immer wieder durch den Kopf.

Wenn ich in letzter Zeit mit polizeilichen Führungskräften gesprochen habe, wurde im Zusammenhang mit zunehmenden Belastungen immer wieder darüber geklagt, dass die Handlungsspielräume geringer würden, die Politik zu nahe an die Ausführungsebene gerückt sei und sich das Gefühl entwickle, vor allem zeitnah und erwartungsgemäß berichten zu müssen. Wenn dem so ist, woran ich nicht zweifele, dann drängen sich doch dazu die folgenden Fragen auf: Wie konnte es dazu kommen? Was wurde und wird dagegen unternommen – auch von der GdP?

Mit immer neuen und sicherlich auch berechtigten Personalforderungen, mehr Beförderungen, Reduzierungen der Arbeitszeiten, Anerkennungsboni und Personalentwicklungskonzepten lassen sich diese Probleme jedenfalls nicht lösen.

Und als wenn dies nicht schon schlimm genug wäre, wird in diesem Artikel noch Folgen-

des lanciert: „Wer aufmucke oder aus der Reihentanze, werde an die Hochschule der Polizei am Hahn versetzt. Das könne das Ende der Karriere bedeuten.“ Unsere Polizeihochschule als Hort der Unzufriedenen und Abgeschobenen? Als Vorsitzender des Freundeskreises dieser Polizeihochschule frage ich mich nach dem Lesen dieses Artikels, wie wir für die Polizei in Rheinland-Pfalz eine zukunfts- und praxisorientierte Aus- und Fortbildung gewährleisten wollen, die auch wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wird, wenn in deren „oberen Rängen“ eine Verwendung in dieser Bildungseinrichtung als eine Art des Abstrafens empfunden und bei der Presse beschrieben wird?

Ernfried Groh



Link zur Plattform im dienstlichen Netz „Was nun?“
<http://wasnun.polizei.rlp.de/>

INTERVIEW THOMAS WELSCH

G2P-Delikte im Anstieg

DP: Lieber Thomas, du verantwortest das Zentrale Projektbüro des Projekts Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft. Du leitest aber selbst auch noch einen Arbeitskreis, der sich mit den Delikten der Gewalt gegen Polizeibedienstete beschäftigt. Seit wann machst du das und wo sind die Schwerpunkte?

Thomas: Ich bin seit dem 1. Oktober 2018 Mitglied und seit dem 1. Januar 2020 Vorsitzender des Arbeitskreises. Aktuell befassen wir uns mit dem Eigensicherungsempfinden von Tarifbeschäftigten sowie Verwaltungsbeamtinnen und -beamten im Außeneinsatz. Die verorten wir ja klassischerweise in der Verkehrsüberwachung, insbesondere in den Radarfahrzeugen. Sie begleiten aber auch operative Maßnahmen, vorwiegend ermittlungunterstützend, wie bei den IMSI-Catchern, als Drohnenpilot oder bei Durchsuchungsmaßnahmen. Nicht zu vergessen sind allerdings auch Kolleginnen und Kollegen, die anderweitig Bürgerkontakte haben, beispielsweise Mitarbeitende an der Pforte, im SB Technik oder im ärztlichen Dienst der Bereitschaftspolizei. Da sieht man mal, wie vielseitig unser Beruf auch im Tarifbereich und der Verwaltung ist. Um ein mögliches Unsicherheitsgefühl im Außeneinsatz greifbar zu machen, haben wir im vergangenen Jahr 20 Interviews durchgeführt. Erkenntnisse aus anderen Bundesländern sind ebenfalls in unsere Überlegungen eingeflossen. Ende Mai haben wir dem Ministerium schließlich unseren Bericht mit Handlungsempfehlungen zur Ausstattung sowie Aus- und Fortbildung vorgelegt.

DP: Wie steht es um die Kümmerer?

Thomas: Da kennen wir die guten Erfahrungen im PP Koblenz, die einen hauptamtlichen Kümmerer eingesetzt haben. Wir empfehlen, dies so auch überall umzusetzen. Nach intensiven Bemühungen des Dienstherrn zu verschiedenen Aspekten in den vergangenen Jahren stellen wir weiter-

hin insbesondere einen Bedarf im Bereich der Betreuung, Fürsorge und Begleitung von Betroffenen fest. Die entsprechenden gewerkschaftlichen Forderungen kann ich insofern völlig nachvollziehen. Die Materie ist so umfangreich, dass dies eine ganz wichtige Funktion ist. Bei der Schadensregulierung muss man sich beispielsweise immer wieder verdeutlichen, dass es nur eine Regulierung ist. Die Aufgaben der ADD sind insofern per se beschränkt. Genau da setzt der Kümmerer an. Aktuell ist ein Flyer in Arbeit zu unserer Plattform „Was nun?“ mit zahlreichen Informationen zur Thematik Dienstunfall. So wollen wir neben der Institution des Kümmerers den Kolleginnen und Kollegen eine gute Hilfestellung geben.

DP: Wie steht es um die Zahlen?

Thomas: Wir haben bis 2010 bundesweit ja lediglich auf der Grundlage der PKS gearbeitet. Seit der Einführung der G2P-Datei können wir viel genauere Aussagen treffen. Im vergangenen Jahr haben wir die Erfassung in POLADIS abgebildet, was zu einer besseren Datenqualität geführt hat und für die Kolleginnen und Kollegen auch deutliche Erleichterungen in der statistischen Erfassung mit sich bringt.

Insgesamt kann man von einem kontinuierlich ansteigenden Trend sprechen. Sowohl die Beleidigungsdelikte als auch die physische Gewalt, wie Körperverletzung und tätlicher Angriff, sind davon betroffen. Im Jahr 2021 gingen beide Kurven etwas zurück, was sicherlich der Pandemie und den Auswirkungen geschuldet war. Nun steigen die Fallzahlen aber wieder an.

DP: Worin siehst du den Vorteil in eurem Arbeitskreis?

Thomas: In der stetigen Beobachtung der Entwicklungen. Hiermit haben wir ein Gewaltradar, was uns hilft, auch Maßnahmen zu treffen, die dem Schutz der Kolleginnen und Kollegen dienen. Mit unserem Kenntnisstand können wir uns dann auch bei der



Thomas Welsch

Foto: LKA RLP

Beschaffung von Schutzausstattung oder Ausrüstungsgegenständen einbringen, hierfür stehen wir jederzeit bereit. Auch ein Ausbau der Schießtrainingsangebote sowie von Kommunikationstrainings wären aus unserer Sicht wünschenswert.

DP: Wo soll es noch hingehen?

Thomas: Ich würde die Ergebnisse des Lagebilds gerne noch mehr ausschöpfen. Wir wollen uns um das Thema Vorgehen in Menschenmengen kümmern und auch wieder an der Hochschule präsent sein, am besten vor dem ersten Praktikum. Das ist ein besonderer Zeitpunkt für die Studierenden, weil sie dann in das „echte“ Leben einer Streifenbeamtin oder eines Streifenbeamten kommen und möglicherweise erste Gewalterfahrungen machen. Dafür sollen sie bestmöglich vorbereitet sein.

DP: Lieber Thomas, im Sinne aller operativ tätigen Kolleginnen und Kollegen danke ich dir für dein Engagement und das Gespräch. ■



VERTRAUENSLEUTE (VL) FLOTT MACHEN

GdP mit Dirk

Netzwerken und „Ohr“ an der Basis

Nach Pandemie und anderen Unwägbarkeiten hat die Vertrauensleutearbeit im Landesbezirk Rheinland-Pfalz wieder Fahrt aufgenommen. Dieses Jahr wird für jede Bezirksgruppe je eine VL-Schulung angeboten und abgerundet wird das Angebot mit einem Aufbaueminar Ende des Jahres.

Nachdem nun drei Veranstaltungen gelaufen sind, wird es Zeit, euch darüber zu berichten: Was macht so ein Vertrauensmann/eine Vertrauensfrau eigentlich? Ganz allgemein gesagt sind die Vertrauensleute die ersten Ansprechpartner auf den Dienststellen bzw. in den einzelnen Organisationseinheiten. Sie sind die, die das Ohr direkt an den Mitgliedern haben und Stimmungen wahrnehmen. Sie sind unverzichtbar und die gewerkschaftliche Basis für all unser Handeln. Denn für wen engagieren wir Funktionäre uns, wenn nicht für unsere Mitglieder!

In den Schulungen wird sozusagen die GdP erklärt, deren Struktur, Hintergründe, Bedeutung des DGB, Mitgliedervorteile und vieles mehr. Und was noch wichtiger ist, es wird Netzwerkpflege betrieben. Man lernt sich kennen und gerade die Pausengespräche und natürlich die Abendveranstaltungen



Fotos: Dirk Wecke (3)

Die ganze Truppe umfasst: Sebastien Cultot, Cornelis Harz, Lena Nels, Marc Gütermann, Dirk Wecke, Lisa Dräger, Christian Bachmann, Sven Hummel, Michael Heinen, Achim Hettrich, Teresa Frey, Dennis Schantz, Michele Vogels, Martin Schoenherr und Monia Knis (von links nach rechts)

gen sind unverzichtbar zum Netzwerken! Aufgelockert werden die manchmal trockenen Themen durch viel Gruppenarbeit, in denen richtig gute Ergebnisse erzielt werden. Nicht zu vergessen das ein oder andere Aktivierungsspiel, bei dem natürlich der Spaß im Vordergrund steht!

Neue Ideen werden gesammelt und durch die Seminarleitung auch in die Kreis- und Bezirksgruppen sowie den geschäftsführenden Landesvorstand eingebracht. So bleiben

wir „up to date“ und bleiben eine sich verändernde Organisation.

Ihr habt Bock, auch mal auf eine VL-Schulung zu kommen? Dann meldet euch bei mir: dirk.wecke@gdp-rlp.de oder auf der Geschäftsstelle gdp-rheinland-pfalz@gdp-rlp.de.

Für Fragen rund um die Vertrauensleutearbeit stehe ich natürlich ebenfalls zu eurer Verfügung!

Dirk Wecke, BG Rheinpfalz



Marc Gütermann, Teresa Frey, Michael Heinen und Dennis Schantz kommen auf topp Ideen.



Was sind eigentlich die Erwartungen an die Vertrauensleute und was haben sie umgekehrt selbst für Erwartungen? Das wird hier in großer Runde geklärt: Martin Schantz, Lena Nels, Sebastien Cultot, Michael Heinen, Christian Bachmann, Michele Vogels, Teresa Frey, Monia Knis, Cornelia Harz.



Foto: Michael Rasch

**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

AUS DEM HPRP

Bekämpfung des Kriminalitätsphänomens „Sprengen von Geldausgabeautomaten“ – Auswerte- und Ermittlungskonzeption

Die Fallzahlen in diesem Bereich nehmen weiter zu – die Ermittlungstätigkeiten sollen nun, zeitlich begrenzt, in einer landesweiten BAO betrachtet werden. Unter Koordination des Landeskriminalamtes wirken die regionalen Polizeipräsidien und die Spezialeinheiten zusammen. Grundlage für die Zusammenarbeit ist die nun verabschiedete Auswerte- und Ermittlungskonzeption.

Ersatzbeschaffung von neuen E-Cash-Geräten

Basis für die Ersatzbeschaffung neuer E-Cash-Geräte ist die Leistungsbeschreibung „E-Cash 2023“. Mit den Geräten sollen Verwarnungsgelder, Sicherheitsleistungen, Geldbußen/Geldstrafen zur Abwendung von Haftbefehlsvollstreckungen sowie Gebühren/Auslagen abgewickelt werden können. Dabei wurde für die Polizei Rheinland-Pfalz ein Bedarf von 425 bis 500 Geräten errechnet. Mit der Leistungsbeschreibung geht es nun auf die Suche nach entsprechenden Anbietern.

Arbeitsauftrag Evaluation SAP – Bereich Fuhrparkwesen

Seit 2000 wird die Verwaltung der Führungs- und Einsatzmittel der Polizei Rheinland-Pfalz durch eine SAP-Anwendung unterstützt. Nachdem der Schwerpunkt zunächst auf dem Fahrzeugwesen lag, wurde das SAP-System nach und nach zu einer zentralen polizeilichen IT-Anwendung zur Steuerung und Verwaltung u. a. der FEM. Ziel eines Arbeitsauftrages ist es, die Datengrundlage und Optimierung der Auswerteprogramme in SAP-Bereich Fahrzeugwesen zu evaluieren. Welche Auswerteprogramme sollen für welche Zwecke genutzt werden und sollen die benötigten Ergebnisse berechnet werden usw. Der Arbeitsauftrag wird unter Federführung des PP ELT bearbeitet.

Taktische Kommunikation (TaktKom) – Prüfung der Fortbildungsbedarfe

In diesem Arbeitsauftrag soll eine Überprüfung des Status quo und ggf. bestehender Fortbildungsbedarfe der Strukturen der TaktKom in der Polizei Rheinland-Pfalz durch den Landeskoordinator TaktKom erfolgen.

Fortentwicklung der Konzepte zur Bewältigung von lebensbedrohlichen Einsatzlagen auf Binnengewässern

Die Abteilung SE erhält den Arbeitsauftrag, bestehende Interventions- und Zugriffskonzepte auf dem Wasser mit dem Schwerpunkt LebEL hinsichtlich des Aktualisierungs- und Fortentwicklungsbedarfes zu betrachten.

Ausnahmegenehmigung auf erneute Erteilung einer generellen Ausnahmegenehmigung für den Dienstzweigwechsel in die Kriminalpolizei

Das Polizeipräsidium Koblenz hat wegen eines Mangels an Bewerberinnen und Bewerbern für den Wechsel zur Kriminalpolizei erneut eine Ausnahmegenehmigung für den Zeitraum von zwei Jahren beantragt. Damit können für die jeweiligen Bewerbungsverfahren auch Bewerberinnen und Bewerber unmittelbar nach dem Studium an der Hochschule der Polizei für den Dienstzweigwechsel zugelassen werden.

Polizeiliches Eignungsauswahlverfahren 2024 – Änderung des Sporttests aufgrund von Umbaumaßnahmen

Die Sporthalle im PPE ELT, Standort Mainz, kann für das im August dieses Jahres beginnende polizeiliche Eignungsauswahlverfahren 2024 aufgrund einer notwendigen Decksanierung nicht genutzt werden. Alternative Örtlichkeiten zur Durchführung von „Pendellauf“ und „Kasten-Bumerang-Test“ gibt es nicht. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit und mangelnder Alternativen wird für das Auswahlverfahren 2024 stattdessen der „Standweitsprung“ durchgeführt. Dieser wurde bereits 2015 im Eignungsauswahlverfahren eingesetzt und kann die Aspekte Schnelleistung, Koordination und Raum-Lage-Orientierung valide testen.

Aktualisierung der „Dienstvereinbarung über die Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz“ (AS LSBTI*)

Das Thema LSBTI* nimmt polizeiintern wie auch im öffentlichen Fokus einen immer breiteren Raum ein. Damit einhergehend wachsen der Bedarf und der Wunsch, den Umfang der Tätigkeiten der AS LSBTI* weiter auszubauen. Der Umfang der Freistellung wird nun auf 50 Prozent erhöht werden. ■

Sabrina Kunz (06131) 16-3365
René Klemmer (06131) 16-3378
Steffi Loth (06131) 16-3379

Sven Hummel (06131) 16-3380
Ingo Schütte (06131) 16-3233 o. 65-3030



HEINZ WERNER GABLER FORDERT, DIE POLIZEIZULAGE TEIL DER RUHEGEHALTSFÄHIGEN DIENSTBEZÜGE WERDEN ZU LASSEN

Landesregierung und Parlament sollen die Sommerpause zum Nachdenken nutzen

Seit Jahren fordert die GdP die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Dies wird von der Landesregierung und die sie tragenden Parteien regelmäßig abgelehnt, ohne nachvollziehbare Begründung.

Der Bund macht es vor

Aktuell vor der Sommerpause hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem u. a. die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig werden soll. Das Parlament soll dies nach der Sommerpause beschließen. Die Begründung für dieses Gesetzesvorhaben liest sich, als wenn die Forderungen der GdP übernommen worden sind.

Hier Auszüge: Der Dienst in den deutschen Sicherheitsbehörden und in den Streitkräften kann Belastungen mit sich bringen, die bis in den Ruhestand nachwirken. Die Anerkennung und Wertschätzung, die die Beschäftigten hierfür verdienen, müssen sich auch finanziell und bis hinein ins Alter zeigen. Dazu hat das Bundeskabinett heute einen Gesetzentwurf zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften beschlossen, mit dem u. a. die Polizeizulage wieder Teil der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge werden soll.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Nicht selten riskieren unsere Polizistinnen und Polizisten ihre Gesundheit und auch ihr Leben für die Sicherheit von uns allen. Polizistinnen und Polizisten stehen Tag und Nacht an vorderster Front für unseren Rechtsstaat ein. Sie sorgen dafür, dass wir ein sehr sicheres Land sind – und sie verteidigen unsere Demokratie. Immer häufiger müssen sie Übergriffe und Gewalt erleben. Es ist mir daher eine Herzensangelegenheit, dass die Beamtinnen und Beamten mehr Rückhalt, Respekt und Wertschätzung erhalten. Diese Wertschätzung muss auch finanziell spürbar

sein. Mit dem heutigen Kabinettsbeschluss lösen wir ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ein. Darüber freue ich mich außerordentlich.“

Nach dem Regierungsentwurf werden sich die künftigen Versorgungsbezüge der im Bundesdienst stehenden Polizistinnen und Polizisten **um bis zu 160 Euro pro Monat erhöhen**. Von der Regelung profitieren die Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und der Polizei beim Deutschen Bundestag, aber auch Feldjäger der Bundeswehr sowie

Beamtinnen und Beamte in vollzugspolizeilich geprägten Bereichen der Zollverwaltung – **insgesamt ca. 56.000 Bedienstete**.

Einbezogen werden sollen auch diejenigen Beamtinnen und Beamten, die zwischen der Abschaffung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und vor Inkrafttreten der Neuregelung in den Ruhestand versetzt worden sind.

Besser kann man eine Forderung nicht begründen. Von daher, liebe Landesregierung, nutzen Sie die Sommerpause zum Nachdenken. Danach Ärmel hochkrepeln, Gesetzentwurf schreiben und ins Parlament einbringen. Sollte die Landesregierung diese Herkulesaufgabe nicht stemmen können, sind Sie gefordert, meine Damen und Herren Parlamentarier. Auch Fraktionen können Gesetze einbringen.

Die Anhebung der Polizeizulage und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit sind das Gebot dieses Jahres. ■ **Heinz Werner Gabler, Seniorengruppe**



NOCH FREIE PLÄTZE



SCHWABENLAND TOURISTIK

SCHWABENLAND REISEN
PSW POLIZEISOZIALWERK-REISEN

Wo Osten und Westen aufeinandertreffen

Erleben Sie die reiche Kultur zwischen Asien und Europa
10-tägige Rundreise zu den UNESCO Weltkulturerben in Anatolien
vom 06. Oktober bis 15. Oktober 2023

Träumen Sie mit uns ein in die 10.000-jährige Geschichte Börsens. Die weltliche Kulturstadt ist seit Anfang der Menschheit Weg für wichtige Seidenstraßen. Am Scheitelpunkt von Europa und Asien liegt es spielt es eine große Rolle, dass sie für Völkerwanderungen und Begegnungen geöffnet war.

Am Ende der Rundreise erwartet Sie die idyllische Agia und Izmir. Lassen Sie sich nach ein paar Tage in unseren *****Lux Royal Palace Resort und Spa Hotel direkt am Meer verwöhnen.

Rundreise:
ISTANBUL - EDIRK - BURSA - CANAKKALE - TRIGUN - BEHRAMKALE - AYVALIK - BERGAMA - AKHISAR - SARO - ALASEHIR - LAODICIA - HIRAPOLIS - DENIZLI - EPHESUS - OZDIRE - IZMIR

Verlängerungsmöglichkeiten:
Zusätzliche 3 Nächte AB-inclusive Sunn Elen Royal Palace Resort & Spa Hotel***** vom 15. - 18.10.2023 für 340€ p.P. EZ Zuschlag 130€ p.P.

PREIS IM DZ

1,605€

EZ ZUSCHLAG 330€P.P.

Für Alle Reisedetails einfach den QR-Code abscannen:



SCAN ME!



0711 40269900

Rufen Sie unsere fachkundigen Mitarbeiter*innen an



Die Tour war rundum informativ und gelungen!

LANDTAGSBESUCH DER SENIORENGRUPPE MAINZ

Gute Diskussion im Landtag und Tour durch die Stadt Gutenbergs

Anfang Juni besuchte eine Delegation von 16 Mitgliedern der Seniorengruppe der Kreisgruppe Mainz, auf Einladung der Landtagsabgeordneten **Tobias Vogt** und **Dirk Herber**, den Mainzer Landtag. Nach der Besichtigung des Landtagsgebäudes und des Plenarsaals führte uns unser Kollege **Rolf Gäbler** zur Ruine und Gedenkstätte St. Christoph (ehemalige Christophskirche) und zum Geburtshaus von Johannes Gutenberg. Nach einem gemeinsamen Mittagessen auf Einladung der Abgeordneten ging

es zu einer Diskussion mit den beiden Abgeordneten ins Abgeordnetenhaus. Dirk Herber, der Vorsitzende des Innenausschusses im Mainzer Landtag ist und auch CDU-Obmann im Flutuntersuchungsausschuss war, stand uns insbesondere für Fragen zur Polizei und zum Untersuchungsausschuss zur Verfügung, während Tobias Vogt zu aktuellen Fragen, wie zum Beispiel Klimapolitik, Rede und Antwort stand.

Axel Schreiner

HAUPT-JUGEND UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

Frauke Ziegler startet durch



Frauke Ziegler wird auf der Graduierungsfeier des 23. BA von Jennifer Otto und René Klemmer beglückwünscht.

Frauke hat im April ihren Bachelor am Hahn absolviert und den Campuskulturpreis für ihre herausragende und rührige Tätigkeit als Studiengangssprecherin erhalten. Nun ist die 27-Jährige im Wechselschichtdienst in Hermeskeil eingesetzt und versucht, weiter Zeit zu finden für ihre Hobbys als Trainerin und selbst Aktive im Tanzsport, fürs Kochen, Backen und natürlich die GdP! ■

Sterbefälle

Volker Lehmann, PP / PD Koblenz, 71 Jahre
Alban Lauer, Vorderpfalz, 70 Jahre
Volker Knebel, Vorderpfalz, 56 Jahre
Hans Spanier, Vorderpfalz, 79 Jahre
Marliese Horn, PD Worms, 76 Jahre



Termine

21.09.: Die Kreisgruppe **PP/PD Mainz** lädt in den Kleingartenverein (Karcherweg 4) zu vielen Infos bei der **Mitgliederversammlung** und Gegrilltem ein.

09.11.: Die Mainzer Senioren laden ein zu einer **Führung** unter Tage in die Mainzer **Unterwelten**; bitte **bis 2.11.** anmelden bei rolfgaebler@web.de

Liebe Seniorinnen und Senioren und solche, die es bald werden: Wir brauchen eure E-Mail-Adressen.

Das Ergebnis unserer Ü-55-Umfrage war eindeutig. Ältere Kolleginnen und Kollegen wünschen sich Fortbildungsangebote zum Thema Digitalisierung. Die Seniorengruppe in der GdP bereitet deshalb aktuell die Durchführung einer ersten Seminarreihe zum Thema „*Mein Smartphone sicher und versiert nutzen*“ vor. Auf regionaler Ebene sollen die Teilnehmenden in ca. vierstündigen Seminaren in der Handhabung ihrer Mobiltelefone fortgebildet und auf Gefahren bei der Nutzung hingewiesen werden. Dieses und alle anderen vielfältigen Angebote der Seniorengruppe werden zeitgerecht per E-Mail den Mitgliedern bekannt gegeben. Bisher sind der GdP von etwas über der Hälfte der Seniorinnen und Senioren die E-Mail-Adressen bekannt. Wer alle Infos und alle Angebote erhalten will, teilt bitte unter dem Betreff „Mail-Infos der Seniorengruppe“ seine E-Mail-Adresse der GdP-Geschäftsstelle mit: anmeldung@gdp-rlp.de



Geburtstage

70 Jahre

Gerhard Remmet, Rhein-Nahe
Friedrich Schmidtmeier, HdP
Rainer Weidner, Rhein-Nahe
Harald Metzinger, PP/PD Koblenz

80 Jahre

Brunhilde Roschy, PP Westpfalz
Wolfgang Lepies, Vorderpfalz

85 Jahre

Lotte Baus, PP/PD Koblenz



Informative Führung in Mainz

Unser Kollege Rolf Gäbler führte die regionale Seniorengruppe Mainz vom Römischen Theater (Südbahnhof) in die unterirdischen Gänge der Zitadelle – die mittelalterliche Stadtbefestigung zur Verteidigung gegen marodierende Banden und kriegerische Überfälle. Den Abschluss des Treffens gab es im Augustinerkeller. Ein herzlicher Dank geht an Rolf für die sehr kenntnisreiche Führung. Weitere werden folgen!

Ruheständler

Thomas Leonhard, PD Trier
Stephan Bach, Neuwied/Altenkirchen
Rainer Alzen, Westerwald/Rhein-Lahn
Dagmar Bodewing, PP/PD Koblenz